

**27. TAGUNG**

**Straßburg, 14.-16. Oktober 2014**

## **Die Rolle der regionalen Medien als Instrument für den Aufbau einer partizipativen Demokratie**

Empfehlung 364 (2014)<sup>1</sup>

1. Die Medien spielen in pluralistischen demokratischen Gesellschaften eine wichtige Rolle, z. B. als Wächter der Öffentlichkeit oder der Gesellschaft; sie zirkulieren Informationen und Ideen und bieten Foren für die öffentliche Debatte. Diese demokratische Rolle gewinnt auf regionaler Ebene aufgrund der Nähe der regionalen Medien zur Bevölkerung in den Gebieten und Gemeinschaften, die sie bedienen, eine besondere Bedeutung, da die Beziehung tendenziell enger, stärker und repräsentativer ist als auf nationaler Ebene. Die Nähe der regionalen Medien zu ihren Zielgemeinschaften ist vom Wesen her auch politisch, da der regionale Journalismus die Beschäftigung mit regionaler Politik und regionalen Angelegenheiten fördert, die in den nationalen Medien entweder zu wenig oder gar keine Aufmerksamkeit erhalten. Die Bedeutung pluralistischer Medien und vielfältiger Medieninhalte ist auf regionaler Ebene aufgrund der den regionalen Medien eigenen politisch-wirtschaftlichen Beiträge besonders evident.

2. In den letzten Jahren hat der Medienbereich enorme technologische Veränderungen erlebt, i.e. die Digitalisierung von Mediendiensten, die Entstehung neuer Medien und von „Bürgerjournalismus“ und die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Medien (Community Media). Dieser Wandel hat zu einem bisher nie erreichten Grad an Interaktion und Engagement der Nutzer geführt und neue Chancen für demokratische Bürgerschaft und für die Partizipation der Nutzer bei der Schaffung und Verbreitung von Informationen und Inhalten geführt, was die Grenzen zwischen öffentlicher und privater Kommunikation verwischt hat. Die entstandenen Beziehungen zwischen traditionellen und neuen Medien führen zu der Notwendigkeit, die bestehende Medienpolitik auf allen Regierungsebenen zu prüfen, um einen politischen Rahmen zu schaffen, der allen Medienakteuren einen ausreichenden Schutz garantiert und in eindeutiger Weise deren Pflichten und Verantwortlichkeiten benennt.

3. Der Europarat hat einige Instrumente verabschiedet, die für das Betreiben von Medien in den 47 Mitgliedstaaten relevant sind. Der Kongress nimmt die Schlussfolgerungen der 1. Konferenz des Europarats der für die Medien und Informationsgesellschaft zuständigen Minister zur Kenntnis (Belgrad, 7.-8. November 2013), einschließlich der politischen Erklärung über „Meinungsfreiheit und Demokratie im digitalen Zeitalter: Chancen, Rechte, Pflichten“, und die Entschlüsse über Internetfreiheit, über die Wahrung der wesentlichen Rolle der Medien im digitalen Zeitalter und über die Sicherheit von Journalisten zur Kenntnis. Verweise auf die regionalen Medien finden sich jedoch in vielen relevanten Bestimmungen dieser Texte, und es ist eine stärkere Kooperation erforderlich, um ein stimmiges Bild zu erreichen.

---

1. Diskussion und Zustimmung durch die Kammer der Regionen am 14. Oktober 2014 und Annahme durch den Kongress am 15. Oktober 2014, 2. Sitzung (Siehe Dokument [CPR\(27\)3FINAL](#), Begründungstext), Berichterstatter: Johan van den HOUT, Niederlande (R, SOC).

4. Gleichzeitig stellt der Kongress mit Sorge fest, dass die allgemeine Situation der Medienfreiheit und Sicherheit von Journalisten in Europa immer besorgniserregender wird. In seiner EntschlieÙung über die Sicherheit von Journalisten haben die für Medien und Informationsgesellschaft zuständigen Minister ihrer tiefen Sorge über die kontinuierliche körperliche Gewalt Ausdruck verliehen, u.a. Tötungen, unmenschliche Behandlungen, Belästigung, Einschüchterung durch die Justiz, Drohungen sowie willkürliche Maßnahmen, wie z. B. Verhaftungen, Ausweisungen, Überwachungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen. Der Pluralismus der Medien und die Vielfalt von Inhalten, u.a. auf regionaler Ebene, werden außerdem durch eine wachsende Monopolisierung des Medienmarktes und unzureichende finanzielle Mittel sowie durch eine übermäßige Eigentumskonzentration und eine zentralisierte Kontrolle der Medien gefährdet, die zu einem Verlust der redaktionellen Unabhängigkeit und versteckter Zensur führen.

5. Der Kongress verweist in diesem Kontext auf die aktuelle Arbeit des Europarats, die auf den Schutz der Medienfreiheit abzielt und die Sicherheit von Journalisten gewährleistet, u.a. die Entscheidung des Ministerkomitees, für den Europarat eine internetgestützte Plattform für Verstöße gegen die Medienfreiheit einzurichten, das Abhalten eines Runden Tisches zum Thema „Sicherheit von Journalisten: Von der Theorie zur Praxis“ in StraÙburg am 19. Mai 2014 und die geplante Konferenz zur Medienfreiheit und Sicherheit von Journalisten, die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Dezember 2014 ausgerichtet wird.

6. Der Kongress, mit Verweis auf seine EntschlieÙung 374 (2014) über die Rolle der regionalen Medien als Instrument für den Aufbau einer partizipativen Demokratie, ist der Überzeugung, dass ein verbessertes Betreiben regionaler Medien ein wichtiger Faktor für die Förderung der Medienfreiheit ist und eine Anpassung der Rechtsrahmen an die neue Medienwelt erfordert, unter Berücksichtigung der Empfehlungen und politischen Leitlinien, die vom Europarat ausgearbeitet wurden.

7. In Anbetracht des Vorstehenden bittet der Kongress das Ministerkomitee, eine Überarbeitung der bestehenden Instrumente vorzunehmen, mit besonderem Augenmerk auf den Zustand und die Aussichten der regionalen Medien in einer neu konfigurierten Medienwelt, und eine neue Empfehlung für die Mitgliedstaaten des Europarats zu verfassen, die sich mit den wichtigsten Aspekten der Situation der regionalen Medien befasst.

8. Der Kongress bittet das Ministerkomitee des Weiteren, die Mitgliedstaaten des Europarats aufzurufen:

a. die Rolle der regionalen Medien bei der Förderung der partizipativen Demokratie in den europäischen Regionen anzuerkennen und die bestehenden Rechtsrahmen zu überarbeiten, um sie an die konkrete Situation der regionalen Medien in einer neuen Medienwelt anzupassen, unter Berücksichtigung der relevanten Bestimmungen in den Empfehlungen des Ministerkomitees im Bereich Medien, der Schlussfolgerungen der 1. Konferenz des Europarats der für die Medien und Informationsgesellschaft zuständigen Minister (Belgrad, 7.-8. November 2013) sowie der Empfehlung 119 (2002), der Empfehlung 173 (2005) und der Empfehlung 263 (2009) des Kongresses;

b. die Sicherheit von Journalisten und des Journalismus als Teil einer weiter gefassten Auffassung von Medienfreiheit aufzunehmen, i.e. nicht nur in Bezug auf körperliche Bedrohungen und Angriffe, sondern auch in Bezug auf Gesetzgebung und Praxis, die den Standards des Europarats über freie MeinungsäuÙerung widersprechen, und Mechanismen zu etablieren, die die Sicherheit und den Schutz von Journalisten und Journalismus sicherstellen, und Verstöße gegen die Medienfreiheit zu verhindern und mutmaßliche Verstöße umgehend zu untersuchen;

c. die regionalen Medien in die bestehenden staatlichen Zuschüsse für Medien aufzunehmen und konkrete Hilfsprogramme zur Förderung des regionalen Journalismus einzusetzen;

d. regionale Maßnahmen zu ergreifen, um die regionalen öffentlichen Medien zu unterstützen und gemeinnützige Medien zu entwickeln, insbesondere zivilgesellschaftliche Medien;

e. finanzielle und gesetzgebende Maßnahmen einzusetzen, die erforderlich sind, um den strukturellen Pluralismus der audiovisuellen und Printmedien zu schützen und zu fördern und eine größere Transparenz bei den Vorschriften zur Medieneigentümerschaft zu erzielen;

f. Maßnahmen zur Überbrückung der „digitalen Kluft“ und zur Förderung der Medienkompetenz auf regionaler Ebene zu unterstützen, unter Berücksichtigung der Empfehlung 263 (2009) des Kongresses über digitale Kluft und digitale Integration in den Regionen.